

oder Verfahren sind sicherlich der geeignete Weg, um allgemeine Interessen in der Sphäre der Produktion wirksam zu machen.

Ähnliches trifft auch auf den Verbraucher zu: Konsumenten sind im allgemeinen bestrebt, ihre Kosten-Nutzen-Relation zu optimieren. Umweltfreundliche Verhaltensweisen, die beim privaten Konsum ansetzen wollen, haben wohl kaum eine große Chance, wenn zum einen das Angebot an umweltbeeinträchtigenden Gütern vorhanden ist, zum anderen keine entsprechend durchsetzbaren Allgemeininteressen oder keine entsprechenden Preisnachteile vorliegen.

Es hat auch für den Konsumenten — wie für jedes andere Wirtschaftssubjekt — zu gelten, daß er für soziale Kosten, die sein Konsumverhalten verursacht, auch aufzukommen hat. Wenn man davon ausgeht, daß das Angebot verbrauchsgerecht ist, so ist der Verbraucher der Verursacher aller Umweltbelastungen. Nachfragesteuernde Instrumente haben die Funktion, diese Verursachung bewußt zu machen.

4.2. Die Einstellung der Verbraucher

Die Einstellungen der Menschen weisen recht deutlich in eine umweltbezogene Richtung. So wären etwa 62% der österreichischen Bevölkerung bereit, bei konkreten Problemen (die Umweltschutzfragen betreffend) selbst aktiv mitzuarbeiten (Umweltschutz und Öffentlichkeit 1982).

Diese Bereitschaft ist vor allem von der Bildung der einzelnen abhängig — die Bereitschaft, sich selbst zu engagieren, steigt mit steigender Schulbildung; auffällig ist auch, daß die unter 60jährigen diese Bereitschaft in einem relativ homogenen hohen Maß aufweisen (rd. 70%), während es bei den über 60jährigen einen recht tiefen Bruch in der Bereitschaft gibt (hier sind es nur mehr 37%).

Diese Bereitschaft scheint relativ konsistent zu sein. So sprechen sich etwa 56% für ein Verbot von Kunststoffflaschen, Getränkedosen u. dgl. aus — auch dann, wenn sich das Getränk dadurch für den Verbraucher verteuern sollte. Die Bereitschaft, einen finanziellen Beitrag zum Schutz der Umwelt zu leisten, ist in der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung vorhanden. 53% der österreichischen Bevölkerung wären unter Umständen bereit, monatlich eine Abgabe bzw. Steuer zu bezahlen, wenn dieses Geld ausschließlich und direkt dem

Umweltschutz in Österreich zugute käme (Politische Kultur 1983).

Wie oft im Bereich der Einstellungen der Menschen, scheinen sich auch bei umweltbezogenen Einstellungen diese nicht in ähnlichem Ausmaß in entsprechende Verhaltensweisen umzusetzen.

So stagniert etwa die Sammeltätigkeit bei jenen Altstoffen, wo entsprechende Wiederverwertungs- und Rückholssysteme angeboten werden (Bericht 1982). Teilweise ist sogar — trotz vermehrter Zahl von Sammelstellen — ein Rückgang der gesammelten und eingebrachten Altstoffmengen feststellbar (Niederösterreichischer Bericht 1982/83). Dieser Sachverhalt ist jedoch nicht i. S. einer „Falsifizierung“ der Einstellung der Menschen durch die Wirklichkeit und die realisierten Verhaltensweisen zu verstehen, sondern reicht bestenfalls als Indiz dafür aus, daß Einstellungen und Verhaltensweisen mitunter auseinanderklaffen können.

Insbesondere im Bereich der Energieverwendung dürfte eine Steigerung des umweltbewußten Umgehens mit Energie auch im Zusammenhang mit den Kostensteigerungen für Energieträger einhergegangen sein.

Befragt zu den Einstellungen und Verhaltensweisen, die auf das Leben, das man in der Bundesrepublik Deutschland heute führt, zutreffen (Lebensziele 1981), waren — unter der verbraucherbezogenen Einstellung — die ranghöchsten Statements „auf den Preis achten“ (93% Zustimmung) und „Sparsam mit der Energie umgehen“ (85% Zustimmung).

Konkret zu Energiesparmaßnahmen befragt, äußerten rd. 55% die Auffassung, daß bereits versucht worden sei, beim Heizen zu sparen (Lebensziele 1981). Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in Österreich (Soziale Folgen 1983). Rund 58% geben an, daß in den letzten 10 Jahren Einschränkungen, kleine und größere Veränderungen im Heizverhalten erfolgt seien.

In eine ähnliche Richtung, nämlich durch ein stärkeres Kosten-Nutzen-Denken der Verbraucher sich ergebendes umweltschonenderes Verhalten, weisen auch andere Untersuchungen (Bewußtseinstendenzen 1983), (Konsumenten 1982): Einerseits ist Einsparbereitschaft festzustellen, insbesondere bei Extras im Konsumverhalten, ein vermindertes „Lustempfinden“ beim Kaufen und Konsumieren, die verstärkte Neigung zum Kauf preisgünstiger Ware, ein gestiegenes Bewußtsein für gesunde Ernährung usw. Andererseits läßt sich auch deutlich die Favorisierung der Langlebigkeit bei dauerhaften Konsumgütern, die die entscheidende Produktdimension ist, ausmachen. So ist

z. B. die Bereitschaft, für gesicherte, längere Lebensdauer auch einen höheren Preis zu bezahlen usw., recht ausgeprägt.

Meinungsforschungen zeigen ein gewisses Mißtrauen in die Fähigkeit der staatlichen Einrichtungen und der Gesellschaft, Umweltfragen zufriedenstellend zu lösen. Insbesondere die bildungsmäßig gehobenen Bevölkerungsgruppen und die jüngeren Menschen sind hier unzufrieden (Wurzeln 1981). Dabei wird ein Großteil der Verantwortung, für eine saubere und geschützte Umwelt zu sorgen, dem Staat zugewiesen: So antworteten beispielsweise (Umweltschutz und Öffentlichkeit 1982) in der Frage-Ausprägung „soll auf alle Fälle durchgeführt werden“: 52% — Errichtung von großräumigen Naturschutzzonen, 85% — Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften für Betriebe bezogen auf Abwässer und Abgase, 60% — gesetzliche Verpflichtung zum Bau von Abwasserkläranlagen für Gemeinden. Dagegen vergleichsweise nur 22% — Verzicht auf den Bau von Wasserkraftwerken, wenn damit das Landschaftsbild stark beeinträchtigt wird.

Die Bevölkerung scheint in einem relativ hohen Maß bereit, Umweltschutzmaßnahmen zuzustimmen, auch wenn damit in das eigene Verbrauchsverhalten eingegriffen wird und entsprechende Kosten für den einzelnen Verbraucher damit verbunden sind. Man ist sogar mehrheitlich zu einer aber zweckgebundenen Umweltschutzabgabe bereit. Wichtig erscheint die Verstehbarkeit derartiger operativer Instrumente. Das Preisbewußtsein der Verbraucher und auch damit das Kosten-Nutzen-Verständnis hat in den letzten Jahren sicherlich kräftig zugenommen; zugleich scheint das Verständnis für sozialen Ausgleich und Verursacher-Beziehungen recht ausgeprägt zu sein. Das legt den Schluß nahe, daß alle jene Maßnahmen, die direkt „greifen“, die also einem Verursacherprinzip entsprechen, durchaus eingesehen werden würden: etwa eine preisliche Belastung jener Güter, die umweltproblematisch sind.

4.3. Umweltbezogene Probleme des Verbrauches

Der Verbraucher tritt heute in den überwiegenden Fällen einem für ihn zunehmend unübersehbaren Güter- und Dienstleistungsangebot gegenüber. Vielfach gehen die Verbraucher dabei von der „unterschwellig“ Annahme aus, daß die angebotenen Produkte geltenden